

PUTIN KRITISIERT "ANTI-PROPAGANDA-RESOLUTION" DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES

Am Mittwoch verabschiedete das Europäische Parlament (EP) eine nichtlegislative Resolution, um Maßnahmen gegen die russische Propaganda einzuleiten. Russland würde populistische, rechtsextreme und europafeindliche Parteien unterstützen und gezielt mit Hilfe von "Informationsagenten" ebendiese Positionen besonders im Internet platzieren. Vor allem Russia Today und Sputnik News werden kritisiert - die finanzielle Förderung der Medienangebote sei mit dem Kreml verbunden.

Wladimir Putin äußerte sich wie folgt zur Resolution des EP: "Wenn sie eine solche Entscheidung treffen, dann bedeutet das, dass wir Zeugen einer politischen Degradierung demokratischer Ideen im Westen werden."

KOMMENTAR

»SIGMAR GABRIEL - EIN GUTER KANZLERKANDIDAT FÜR DIE SPD«

Von Heino Wiese

Sigmar Gabriel hat als Umweltminister und Wirtschaftsminister in zwei Legislaturperioden sehr kompetent und erfolgreich in der Bundesregierung gearbeitet. Die Energie- und die Herren Röttgen und Altmaier gescheitert waren, hat er mit seinen kompetenten Staatssekretären einen Lösungsweg beschritten, der dazu geführt hat, dass das Thema heute beinahe vollständig von der Agenda verschwunden ist. Er hat als Parteivorsitzender dafür gesorgt, dass in den letzten drei Jahren die vom SPD-Parteitag genehmigte Koalitionsvereinbarung Schritt für Schritt abgearbeitet wurde. Er hat die SPD zusammengehalten und die Flügelkämpfe der Partei spielen kaum noch eine Rolle. Letztlich hat er es geschafft, dass die Union Frank Steinmeier in der Bundesversammlung unterstützen und ihn zum Bundespräsidenten wählen wird.

Als Kanzlerkandidat wird er allerdings zeigen müssen, dass die Politik von Frau Merkel nicht alternativlos ist. Er wird sich nicht auf die Leistungen der Vergangenheit berufen können, sondern muss den Menschen in dieser schwierigen Zeit wieder Lust auf die Zukunft machen. Nach 16 Jahren Kohl lastete ebenfalls eine Schwere und Perspektivlosigkeit auf Deutschland wie heute. Zeit für einen Wechsel!

BUNTES AUS BERLIN

AUSSTELLUNG: SCHLOSS.STADT.BERLIN - DIE RESIDENZ RÜCKT IN DIE MITTE



Foto: Stadtmuseum Berlin

Am 25. November öffnet die Sonderausstellung "Schloss. Stadt. Berlin" im Ephraim-Palais.

Die Ausstellung widmet sich dem Berliner Schloss, welches zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert seine bedeutungsvollste Zeit als politisches Zentrum der damaligen Residenzstadt in Preußen erlebte.

Das Schloss hat dabei mehrere Kriege erlebt. 1650 wurde es auch den Erfahrungen des 30-jährigen Krieges zur Festung ausgebaut, wurde allerdings nach schweren Kriegsschäden von dem Machthabern der DDR gesprengt.

Trotz der neuen Entstehung des Schlosses als Humboldt Forum, lohnt sich ein Blick durch die Zeiten der Veränderung und des Aufbruches.

Gugl-Hupf 

FACEBOOK WILL GESCHÄFTSMODELL VON FAKE-NEWS ZERSTÖREN

Nachdem Facebook-CEO Mark Zuckerberg dafür gerügt wurde, dass er nichts gegen die Verbreitung von Falschmeldungen im Rahmen des US-Präsidentenwahlkampfes unternommen hat, kündigt der Geschäftsmann an, konkrete Maßnahmen geplant zu haben. Zum einen soll das Geschäftsmodell von "Fake News" brach gelegt werden - wer explizit manipulierte Inhalte verbreitet, soll nicht mehr durch Werbeeinnahmen Profit generieren. Ferner soll es zukünftig leichter sein, zweifelhafte Inhalte zu melden und Algorithmen sollen systematisch Nachrichten auf Manipulation und Fälschung scannen. Diese technischen Mittel ersetzen dabei menschliche Redakteure - ein internes Redaktionsteam wurde kollektiv entlassen, nachdem sie für mangelnde Neutralität kritisiert wurden.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 - 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 - Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Geschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

RENTE: DAS EWIGE WAHLKAMPFTHEMA



Foto: David Ausseil/epa

Von Wolfgang Gründinger, Autor des Buches „Alte-Säcke-Politik – Wie wir unsere Zukunft verspielen“ und Sprecher der Stiftung Generationengerechtigkeit.

Rente kristallisiert sich als eines der zentralen Wahlkampf-Themen heraus - wieder einmal. Seehofer und Nahles umwerben die Älteren mit milliardenteuren Forderungen für Extra-Renten. Denn: jeder dritte Wähler ist über 60, und jedes zweite Mitglied von SPD und CDU/CSU ist über 60. Nachdem bereits nach der letzten Wahl ein kostspieliges Rentenpaket geschmürt wurde, das bis 2030 mindestens 160 Mrd. Euro kostet und nur heutigen Rentnern nützt, soll die Ren-

tenkasse jetzt nochmals deutlich gefüllt werden - teilweise ohne im Kampf gegen Altersarmut zu helfen.

Dabei ist Kinderarmut heute dreimal so hoch wie Altersarmut. Derzeit sind 14,7 Prozent der Kinder und Jugendlichen auf Hartz IV angewiesen - mehr als noch vor fünf Jahren und deutlich mehr als bei den Rentnern. Genau hier müsste die Sozialpolitik ansetzen: Denn die armen Kinder von heute sind die armen Rentner von morgen. Man könnte die Kitas für alle kostenfrei machen, die Erzieherinnen und Erzieher qualifizieren und anständig bezahlen.

Doch Kinderarmut war noch nie Wahlkampfthema. Es gibt Talkshows zu Altersarmut, aber nicht zu Kinderarmut. Das Kindergeld soll 2017 nur um 2 Euro (!) steigen - und arme Familien haben vermutlich gar nichts davon, weil es auf den Hartz-IV-Regelsatz angerechnet wird. Oft wird gesagt, man dürfe die Alten nicht gegen die Jungen ausspielen. Aber genau das geschieht - und die Jungen sind die Verlierer. In einer Referendumsrepublik der Greise werden die Interessen der Jungen leicht untergebuttert. Wir müssen diese Alte-Säcke-Politik beenden und Kinder wirklich in den Mittelpunkt stellen.

MITTE-STUDIE: DER RISS DURCH DIE GESELLSCHAFT WIRD TIEFER

Die jährliche "Mitte"-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde am Montag vorgestellt und offenbart besorgniserregende Tendenzen über die deutsche Gesellschaft: nahezu ein Drittel der Befragten vertritt Positionen, die von tiefer Skepsis gegenüber dem demokratischen System, dem Wahrheitsgehalt der Medien sowie der Freiheit zur Meinungsäußerung zeugen.

Auch menschenfeindliche und rechtsextreme Positionen können deutlich identifiziert und verortet werden - unter AfD-Anhängern vertreten rund 84% neurechte Ideen, die sich gegen ein politisches "Establishment" richten, eine Renationalisierung in Kontrast zur EU fordern und eine Unterwanderung der Gesellschaft durch den Islam befürch-

ten.

Geografisch lässt sich auch über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung eine Trennlinie zwischen West und Ost ziehen - xenophobe Haltungen sind bisweilen deutlich stärker in den neuen Bundesländern vertreten.

Die neurechten Strömungen ziehen zunehmend Bürger aus der Mittelschicht sowie aus der jungen Generation an.

Es gibt aber auch positive Erkenntnisse: lediglich 6%, bzw. 7% fühlen sich in ihrer Lebensweise oder finanziell durch Asylsuchende bedroht und über 56% befürworten die Aufnahme und ein Viertel der Bevölkerung zeigt sich "teils-teils" optimistische, dass die gegenwärtige Situation in Deutschland gut bewältigt werden kann.

ZYPERN BLEIBT GESPALTEN

Ein zweitägiges Treffen am Genfer See sollte den Durchbruch bringen, jedoch sind die Verhandlungen gescheitert - Zypern wird vorerst keine Wiedervereinigung umsetzen können.

Die politischen Führer des nördlichen türkischen und des südlichen griechischen Teils, Nikos Anastasiades und Mustafa Akıncı, hatten sich nach einer mehrmonatigen Austauschphase getroffen, um die Möglichkeit der Wiedervereinigung zu debattieren - vergeblich. Somit bleibt Nikosia weiterhin die letzte geteilte Stadt auf der Welt.

Der große Streitpunkt zwischen beiden

Parteien bleibt der Territorialanspruch. Während Griechenland darauf besteht, dass klare Grenzen definiert und feste Regeln für die Verwaltung der Gebiete gesetzt werden, hat die türkische Partei bisher eher lasche Prinzipien formuliert.

Ein weiterer Streitpunkt sind die Kosten der Wiedervereinigung. Da infolge des griechischen Putsches im Jahr 1974 und der damit verbundenen Militärinterventionen auf türkischer Seite nahezu 200.000 Menschen umgesiedelt werden mussten, würden enorme Kosten durch Entschädigungszahlungen für den zyprischen Haushalt entstehen.

ASIATISCHE PARTNER EMPÖRT: TRUMP WILL AUS TPP AUSSTEIGEN

In einer Videobotschaft erklärt der designierte US-Präsident Donald Trump seine Pläne für die ersten 100 Tage seiner Amtszeit. Besonders irritiert die Aussage, dass er den Austritt der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP forcieren möchte. Die japanische Regierung betonte, TPP würde ohne die USA keinen Sinn ergeben.

Das Abkommen, das nach sieben Jahren Verhandlungen 2015 veröffentlicht wurde, wird gegenwärtig rechtlich noch geprüft, soll aber bis zum Ende von Barack Obama

mas Amtszeit ratifiziert werden.

Trump hingegen möchte eine protektionistische Gangart in der Wirtschaftspolitik einlegen. Er plant Jobs in den USA zu schaffen, indem er Rohstoffe wie Kohle nicht importieren, sondern im eigenen Land fördern möchte.

Ebenfalls kündigte Trump an, das Hauptprogramm für qualifizierte Einwanderung zu hinterfragen. Jährlich kommen durch diesen Kanal 20.000 Doktoranden und über 60.000 Fachkräfte, vor allem im IT-Bereich.

NAHLES: RENTENNIVEAU SOLL BIS 2045 AUF 46% GEHALTEN WERDEN

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, kündigte an, das Rentenniveau soll bis 2045 auf 46% gehalten werden. Dabei soll der Beitragssatz nicht über 25% steigen.

Nahles mahnte, dass es gesamtgesellschaftliche Anstrengungen bedürfen werde, um die Renten langfristig so zu gestalten, dass das Risiko für Altersarmut bekämpft wird. Dafür schlug Nahles auch vor, eine Solidarrente für Geringverdiener zu etablieren. Wer 35 Jahre lang in die Kassen eingezahlt hat, solle mehr als nur

den gegenwärtigen Satz für die gesetzliche Grundsicherung erhalten. Neben der Bekämpfung der Altersarmut, stellte Nahles als zentrale Zielvorgabe ihres Langzeitkonzepts die Sicherung des Lebensstandards und die nachhaltige und gerechte Finanzierung der Alterssicherung vor.

Ohne konkrete Maßnahmen und einen steigenden Beitragssatz besteht das Risiko, dass das Rentenniveau auf 41,7% fällt. Ob die Rente zu einem direkten Wahlkampfthema wird, ist allerdings noch unklar.

GROSSBRITANNIEN: KORREKTUR DER WACHSTUMSPROGNOSEN NACH UNTEN

Der erwartete Austritt aus der Europäischen Union hat für Großbritannien voraussichtlich schwerere Folgen als erwartet: Der Finanzminister Philip Hammond erklärte am Mittwoch, dass die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts für 2017 auf 1,4% geschätzt wird anstatt wie zuvor angekündigt auf 2,2%.

Die Prognose für 2018 wurde ebenfalls um 0,4% nach unten korrigiert: ein Wachstum von 1,7% wird erwartet.

Hammond zeigt sich trotz der schlechteren Perspektiven gelassen - das Wirtschaftswachstum würde in demselben Rahmen verlaufen wie in Deutschland. Der Internationale Währungsfonds hatte nämlich ähn-

liche Zahlen für die deutsche Wirtschaft vorausgesagt.

Seit dem Referendum vom 23. Juni werden die Wirtschaftsprognosen zunehmend schlechter. Premierministerin Theresa May versuchte mittlerweile die Unternehmen zu beruhigen, indem sie ankündigte, den niedrigsten Steuersatz innerhalb der G20-Länder einzuführen.

Gleichzeitig sollen auch Arbeitnehmer unterstützt werden: der Mindestlohn für Geringverdiener soll ab April bei 8,75 Euro liegen.

Viele Briten sind davon überzeugt, dass der Brexit keine merklichen Negativkonsequenzen haben wird.

PERSONALIEN

BUTTERWEGGE IST LINKEN-KANDIDAT FÜR DIE BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Christoph Butterwegge (65) ist am 21. November von der Linken als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt worden. Damit wird der Armutsforscher am 12. Februar 2017 gegen Außenminister Frank-Walter Steinmeier antreten. Die Linke wollte Butterwegge bereits 2012 als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl aufstellen, damals war er jedoch kurzfristig abgesprungen.

ÖZDEMİR UND ANDREAE SIND SPITZENKANDIDATEN DER GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Cem Özdemir (50) und Kerstin Andreae (48) sind am 19. November auf einem Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg zu den Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Özdemir war vor seinem Wechsel ins Europaparlament von 1994 bis 2002 bereits Mitglied des Deutschen Bundestags. Andreae ist seit 2002 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Die Landesliste hat insgesamt 38 Plätze von denen die ersten 15 als aussichtsreich gelten.

BAUSEWEIN BLEIBT VORSITZENDER DER SPD THÜRINGEN

Andreas Bausewein (43) ist am 19. November auf einem Parteitag der SPD Thüringen in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden.

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM UNTERSTÜTZT GRÜNDERSZENE

Am 1. Dezember findet im Rahmen der Initiative "Neue Gründerzeit" eine Veranstaltung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie statt, bei der es besonders um den Dialog zu Start-Ups und jungen Unternehmern gehen soll. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Chancen und Potenziale von Menschen mit ausländischen Wurzeln und Flüchtlingen gerichtet. Referenten des Instituts für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim, der Industrie- und Handelskammer, Experten und Macher aus diversen Start-Ups sowie Staatssekretär Matthias Machnig werden wertvollen Input zur internationalen Gründerszene beisteuern.

WORTE DER WOCHE

»Ich fühle mich noch einigermaßen fit, da habe ich gesagt, ich kann es noch einmal versuchen.«

Oskar Lafontaine stellt sich für die saarländische Landtagswahl auf.

»Selbst russische Oppositionelle wie Chodorkowskij und Nemzova sehen Wirtschaftssanktionen kritisch, weil sie ihrer Meinung nach eher die Falschen treffen.«

Wolfgang Bächele ist Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft ist CEO der Linde AG.

»Ich habe ihm für die Jahre der Zusammenarbeit gedankt und ihm gesagt, dass wir uns immer freuen, ihn in Russland zu sehen – wenn es notwendig sein sollte oder wenn er es sich wünscht.«

Wladimir Putin über das letzte Treffen mit Barack Obama in Lima.

»Wenn ein Mann den Anblick einer Frau nicht ertragen kann, soll er sich eine Augenbinde nehmen und nicht sie zur Vollverschleierung zwingen.«

Julia Klöckner, stellvertretende CDU-Vorsitzende, zur Vollverschleierung von Frauen.

»Ein Wirtschaftssystem, wie das amerikanische, das für große Teile der Bevölkerung nicht ‚liefert‘, ist ein gescheitertes Wirtschaftssystem.«

Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften und Dozent an der Columbia University.

»Ich rufe allen, die uns vor den Bildschirmen zusehen, und der ganzen Welt zu: Egal wie das Resultat ausfällt, diese Abstimmung hat für uns keinen Wert.«

Der türkische Präsident Erdogan über die Abstimmung im Europaparlament über das Einfrieren der Beitrittsgespräche mit der Türkei.

»Das Abkommen ist ein potenzielles Desaster für das Land.«

Donald Trump, der künftige US-Präsident, will als eine seiner ersten Amtshandlungen das Pazifik-Freihandelsabkommen TPP aufkündigen.

»Der Verlust von Arbeitsplätzen in einem so großen Ausmaß ist eine sehr bittere Pille, da gibt es nichts zu beschönigen.«

Stephan Weil, Niedersachsens Ministerpräsident, zu dem Stellenabbau im VW-Konzern. In dem Bundesland könnten bis zu 17.500 Arbeitsplätze betroffen sein.

»Putin und Trump haben ein gegenseitiges politisches Verständnis.«

Sergej Lawrow über die Aussicht der Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland.

TERMINE

28.11. HISTORISCHE KOMMISSION DER SPD ZUM POPULISMUS

Diskussionsveranstaltung der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand zum Thema „Populismus - Das hässliche Kind der Demokratie“, u.a. mit dem Mitglied der Grundwertekommission der SPD Prof. Frank Decker, dem Repräsentanten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom Dr. Ernst Hillebrand und dem Vorsitzenden der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand Prof. Bernd Faulenbach (Willy-Brandt-Haus).

30.11. CDU/CSU-BT-FRAKTION ZU E-GOVERNMENT

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „E-Partizipation: Demokratiegestaltung oder Klick-Tribunal?“, u.a. mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, dem Geschäftsführer von openpetition.de Jörg Mitzlaff und dem Kampagnen- und Strategieberater Julius van de Laar Reichstagsgebäude, Platz der Republik 1, 11011 Berlin (Anmeldung erforderlich)

2.12. BÖLL-STIFTUNG ZUR ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK NACH TSCHERNOBYL

Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Tschernobyl - Wendepunkt oder Katalysator? Umweltpolitische Praxen, Strukturen, Wahrnehmungen im Wandel (1970er-1990er)“, u.a. mit dem Historiker Prof. Joachim Radkau Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin (bis 03.12., kostenpflichtig)